



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 22. Oktober 2014 (StB 791)

B+A 30/2014

Abschreibung von Motionen und Postulaten

**Vom Grossen Stadtrat mit
Änderungen beschlossen am
18. Dezember 2014
(Definitiver Beschluss des Grossen
Stadtrates am Schluss dieses Dokuments)**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Abzuschreibende Motionen und Postulate	3
II. Verlängerung der Erledigungsfrist	11
1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr	11
2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr	13
3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr	14
III. Antrag	16
Anhang 1	19
Anhang 2	22
Anhang 3	23

Anhang 1

In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.

Anhang 2

Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.

Anhang 3

Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.

Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Motion 142 (2000/2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 6. September 2001 (überwiesen am 21. November 2002):

Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben

Gemäss Auftrag wurde die umfassende städtebauliche Studie am Pilatusplatz durchgeführt. Damit ist die Motion erfüllt. Weil jedoch die privaten Eigentümer im erweiterten Perimeter nicht zu einer Zusammenarbeit bereit waren, wurde der Perimeter schlussendlich wieder auf die städtischen Grundstücke reduziert. Für die städtischen Grundstücke wird der B+A 16/2014 „Arealentwicklung Pilatusplatz“ im Frühjahr 2015 dem Parlament unterbreitet.

2. Postulat 97 (2004/2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 21. September 2005 (überwiesen am 16. März 2006):

Bruchquartier vom Verkehr entlasten – Wohnqualität verbessern

Zur Unterbindung des Durchgangsverkehrs wurde im Juni 2014 ein Abschnitt der Bruchstrasse als Einbahnregime signalisiert. Damit wird die Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger und den Veloverkehr erhöht. Für Velofahrende bleibt die Bruchstrasse in beiden Richtungen befahrbar. Die Auswirkungen des neuen Regimes werden beobachtet und nötigenfalls werden zusätzliche Massnahmen ergriffen.

3. Motion 140 (2004/2009), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 15. Mai 2006 (als Postulat überwiesen am 28. September 2006):

Flankierende Massnahmen zum Schutz der Anwohner/innen vor zusätzlichem Verkehr nach der Tieflegung der Zentralbahn

Im Gebiet Moosmatt-Geissenstein wurden seit 2006 diverse Massnahmen umgesetzt. Als vorläufig letzte Massnahme ist im Frühling 2014 die Tempo-30-Zone auf die gesamte Moosmattstrasse erweitert worden. Dadurch konnte die Sicherheit der Velofahrenden und des Fussverkehrs sowie die Wohn- und Lebensqualität aufgrund der Reduktion von Lärm- und Luftschadstoffen erhöht werden. Alles in allem zeigen die Erfahrungen auch im zweiten Betriebsjahr nach der Tieflegung der Zentralbahn, dass sich die Befürchtun-

gen, das Quartier müsste deutlich mehr (Schleich-)Verkehr in Kauf nehmen, nicht bestätigt haben. Die Situation wird nach wie vor beobachtet und bei Bedarf optimiert. Für 2015 ist im Rahmen des Projektes Verkehrssicherheit die Sanierung des Unfallschwerpunkts beim Steghof geplant. In diesem Zusammenhang soll die Tempo-30-Zone auf die gesamte Voltastrasse erweitert werden.

4. Motion 435 (2004/2009), Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 8. September 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Linkes Seeufer: Von der Schmutzdecke zur Uferpromenade

Zurzeit werden gemäss Priorisierung des Stadtrates hauptsächlich drei Projekte „Aufwertung öffentlicher Raum“ bearbeitet: Gesamterneuerung Hirschmatt, Aufwertung Grendel und Aufwertung Bahnhofstrasse. Für ein umfassendes Aufwertungsprojekt Linkes Seeufer sind die mittelfristig und realistisch beeinflussbaren Voraussetzungen nicht gegeben. Es bestehen Abhängigkeiten zu zentralen Infrastrukturprojekten mit zurzeit sehr langen oder ungewissen Zeithorizonten (Carparkplatz Inseli, Tiefbahnhof, NTI/TWL). Zudem sind die für ein Projekt dieser Grössenordnung notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zurzeit (und wohl auch in absehbarer Zeit) nicht vorhanden.

5. Motion 441 (2004/2009), Urs Wollenmann namens der SVP-Fraktion, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion und Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 22. September 2008 (als Postulat überwiesen am 24. September 2009):

Obligatorische Deutschtests für Einbürgerungswillige

Die Revision des Bürgerrechtsgesetzes hat die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft am 20. Juni 2014 beschlossen. In Artikel 12 lit. c ist neu geregelt, dass sich eine erfolgreiche Integration insbesondere in der Fähigkeit zeigt, sich im Alltag in Wort und Schrift in einer der Landessprachen zu verständigen. Der Bund erarbeitet zurzeit eine Vollzugsverordnung mit den Details zur Umsetzung. Gesetz und Vollzugsverordnung werden Ende 2015 in Kraft treten. Diese sind für die Stadt Luzern verbindlich und werden entsprechend übernommen. Dem Anliegen der Postulanten ist die Bundesgesetzgebung somit vollständig nachgekommen.

6. Postulat 505 (2004/2009), Anita Weingartner-Isaak namens der SP-Fraktion, vom 27. März 2009 (überwiesen am 24. September 2009):

Bushäuschen: Kleine Massnahme – geschätzte Dienstleistung

Die Realisierung eines Personenunterstandes bei der Busstation Kantonsspital, vor der Gärtnerei Ley, kann aus Platzgründen nicht ausschliesslich auf öffentlichem Grund erfolgen; die Inanspruchnahme privaten Grundes ist zwingend erforderlich. Die Grundstückseigentümer des zu beanspruchenden Grundstücks lassen aber seit 2002 jegliche Entwicklung auf ihrem Grundstück offen, sodass bis heute keine Aussicht besteht, künftig an dieser Stelle einen Personenunterstand zu realisieren.

7. Motion 93 (2010/2012), Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, vom 29. Juli 2010 (überwiesen am 27. Oktober 2011):

Erhöhung der Luzerner Wertschöpfung durch Cleantech

Mit dem B+A 7/2011 „Energie- und Klimastrategie Stadt Luzern“ wurde beschlossen, die städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik deutlich zu intensivieren. Im Wirtschaftsbericht (B+A 17/2014) wird Cleantech in Kapitel 2.2.5 behandelt. Vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft dienen auch der Cleantech-Branche.

8. Postulat 182 (2010/2012), Dominik Durrer, David Roth und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 19. April 2011 (überwiesen am 10. November 2011):

Bruchquartier vom Durchgangsverkehr entlasten

Zur Unterbindung des Durchgangsverkehrs wurde im Juni 2014 ein Abschnitt der Bruchstrasse als Einbahnregime signalisiert. Damit wird die Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger und den Veloverkehr erhöht. Für Velofahrende bleibt die Bruchstrasse in beiden Richtungen befahrbar. Die Auswirkungen des neuen Regimes werden beobachtet und nötigenfalls werden zusätzliche Massnahmen ergriffen.

9. Postulat 267 (2010/2012), Edith Lanfranconi-Laube, Stefanie Wyss und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion sowie Dominik Durrer, Nico van der Heiden und Andreas Wüest namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 19. Dezember 2011 (überwiesen am 2. Februar 2012):

ZHB: Sanierung statt Neubau

Die Stadtluzerner Stimmberechtigten haben die Initiative zur Rettung der Zentral- und Hochschulbibliothek (ZHB) mit 75,66 Prozent der Stimmen gutgeheissen. Nach dem Ja zur Initiative wird die Bau- und Zonenordnung der Stadt Luzern angepasst. Die ZHB Luzern und das Vögeligärtli werden von der Ortsbildschutzzone B in die Ortsbildschutzzone A umgezont. In der Ortsbildschutzzone A sind Änderungen in der Bausubstanz nur möglich, wenn die Erneuerung aus statischen Gründen unausweichlich ist und wenn es sich um Bauten oder Bauteile handelt, die für die historische Struktur des Quartiers oder des Gebäudes nicht von Bedeutung sind. Der Stadtrat wird das dazu nötige Verfahren sobald als möglich einleiten.

10. Postulat 268 (2010/2012), Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 19. Dezember 2011 (überwiesen am 2. Februar 2012):

Kein Schnellschuss bei der ZHB. Architektonische, denkmalpflegerische und städtebauliche Aspekte sind bei der Zentral- und Hochschulbibliothek hoch zu gewichten

Die Stadtluzerner Stimmberechtigten haben die Initiative zur Rettung der Zentral- und Hochschulbibliothek (ZHB) mit 75,66 Prozent der Stimmen gutgeheissen. Nach dem Ja zur Initiative wird die Bau- und Zonenordnung der Stadt Luzern angepasst. Die ZHB Luzern und das Vögeligärtli werden von der Ortsbildschutzzone B in die Ortsbildschutzzone A umgezont. In der Ortsbildschutzzone A sind Änderungen in der Bausubstanz nur möglich, wenn die Erneuerung aus statischen Gründen unausweichlich ist und wenn es sich um

Bauten oder Bauteile handelt, die für die historische Struktur des Quartiers oder des Gebäudes nicht von Bedeutung sind. Der Stadtrat wird das dazu nötige Verfahren sobald als möglich einleiten.

11. Postulat 303 (2010/2012), Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 7. März 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):

Bewilligungspraxis Fensterersatz: Qualität ja, aber mit Vernunft! Unnötigen Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten abbauen, nicht erhöhen

Die Baudirektion hat die Bewilligungspraxis, wie im Postulat verlangt, überprüft und angepasst. Neu ist ein Fensterersatz nur noch in den Ortsbildschutzzonen A und B und an Gebäuden, welche im Bauinventar aufgeführt sind, bewilligungspflichtig.

12. Postulat 308 (2010/2012), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 12. März 2012 (überwiesen am 29. März 2012):

Städtische Betreuungsgutscheine nur subsidiär oder ergänzend

Im Postulat wird gefordert, dass Doppelsubventionen sowie eine übermässige Attraktivität der Stadt Luzern zum Beziehen von Betreuungsgutscheinen vermieden werden. Es wurden folgende Massnahmen ergriffen:

- Reglement: Art. 11 Abs. 1 lit. e im Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung und die Förderangebote lässt keine Doppelsubvention des beanspruchten Angebots durch die Gemeinwesen zu.
- Die gewählten Betreuungsgutscheinstufen der Stadt Luzern fokussieren vor allem auf die unteren Einkommen, wodurch der Anreiz zur Erwerbstätigkeit und damit Verhinderung oder Minimierung der Sozialhilfe angestrebt wird. Die höheren Einkommen des Mittelstands erhalten verhältnismässig geringe Beiträge. Von den Personen (6 % aller Beziehenden), die bei der öffentlichen Hand angestellt sind und Betreuungsgutscheine erhalten, verfügen 87 % über ein Einkommen unter Fr. 60'000.–. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass der Mittelstand sich meist für die Subvention des Arbeitgebers entscheidet.
- Per 1. Juli 2014 wurde das Antragsformular für die Eltern überarbeitet: „Erhalten Sie von Ihrem Arbeitgeber Beiträge an die Kosten der Kinderbetreuung? Ja / Nein. Höhe.“
- Informationsplattform auf der Homepage www.kinderbetreuung.stadt Luzern.ch: Ungefähr alle zwei Monate melden sich Arbeitgeber bei der Stadt und nutzen unsere beratende Unterstützung bei der Erarbeitung ihrer familienfördernden Massnahmen. Diese Kontakte zeigen, dass ein Grundengagement der Stadt Luzern wichtig ist. Bei einem Rückzug der Stadt Luzern oder gänzlicher Subsidiarität der Betreuungsgutscheine der Stadt Luzern würden die Arbeitgeber ihre Leistungen kürzen oder ganz streichen.

- Erarbeitung eines Betreuungsgutscheinsystems für Arbeitgeber mit dem Gemeindeverband LuzernPlus. Das Modell unterstützt vor allem die mittleren und höheren Einkommen (Fachkräftemangel) und damit das Verständnis, dass die öffentliche Hand vornehmlich für die Sicherung der Existenz und damit der unteren Einkommen zuständig ist und die Arbeitgeber für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Zwei Austauschtreffen mit grossen Arbeitgebern wurden durchgeführt. Dabei wurden die Betreuungsgutscheine erklärt und Arbeitgeber haben ihre bereits etablierten Unterstützungsmodelle vorgestellt.
- Um unterschiedliche Handhabungen für Eltern wie Arbeitgeber wo möglich zu vermeiden, finden mit allen Gemeinden im Kanton Luzern mit Betreuungsgutscheinen halbjährliche Koordinations- und Austauschrunden statt. Von den gegenseitigen Erfahrungen profitieren alle Gemeinden.

Das Anliegen des Postulats ist somit erfüllt.

13. Postulat 339 (2010/2012), Nico van der Heiden, Dominik Durrer und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 11. Juni 2012 (überwiesen am 8. November 2012):

Lernen von Anderen: Das „Cities for Children“-Netzwerk

Zwar verlangt die Organisation „Cities for Children“ keinen Mitgliederbeitrag, aber ein ernsthaftes Engagement in diesem europäischen Netzwerk wäre mit erheblichen personellen Ressourcen und Reisespesen verbunden. Vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Situation soll auf einen Beitritt verzichtet werden.

14. Motion 21 (2012/2016), Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, vom 22. November 2012 (als Postulat überwiesen am 26. September 2013):

Raumpotenziale für Kultur- und Kreativschaffende nicht nur prüfen, sondern auch sichern

Auf privater Basis wurde die „Raumbörse Luzern“ im Frühling 2014 ins Leben gerufen. Die Stadt Luzern hat diese private Initiative mit einer Anschubfinanzierung von Fr. 4'000.– unterstützt. Die Stadt wird künftig als Partner der „Raumbörse Luzern“ auftreten; dafür wird ein jährlicher Betrag von Fr. 800.– bezahlt. Städtische Räumlichkeiten, welche für eine Zwischennutzung geeignet sind, können künftig auch über diese Plattform ausgeschrieben werden. Mit dem Projekt „Neubad“ hat die Stadt eine Zwischennutzung ermöglicht; diese ist dank grossem Engagement des Vereins Netzwerk Neubad erfolgreich gestartet. Bei eingehenden Abbruchgesuchen wird der Gesuchsteller auf die Möglichkeiten einer allfälligen Zwischennutzung angesprochen und sensibilisiert. Aus Ressourcen-gründen plant die Stadt keine konkreten weiteren Massnahmen, um die Förderung der Kreativwirtschaft zu prüfen und umzusetzen.

15. Postulat 22 (2012/2016), Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, vom 22. November 2012 (teilweise überwiesen am 28. Februar 2013):

Zwischennutzungsagentur Luzern

Auf privater Basis wurde die „Raumbörse Luzern“ im Frühling 2014 ins Leben gerufen. Die Stadt Luzern hat diese private Initiative mit einer Anschubfinanzierung von Fr. 4'000.– unterstützt. Die Stadt wird künftig als Partner der „Raumbörse Luzern“ auftreten; dafür wird ein jährlicher Betrag von Fr. 800.– bezahlt. Städtische Räumlichkeiten, welche für eine Zwischennutzung geeignet sind, können künftig auch über diese Plattform ausgeschrieben werden. Damit ist das Anliegen des Postulates erfüllt.

16. Postulat 75 (2012/2016), Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 5. Juni 2013 (überwiesen am 30. Januar 2014):

Velostation am Bahnhof – Bisherige Praxis weiterführen

Das Anliegen ist umgesetzt, indem motorisierte Zweiräder in der Velostation erlaubt sind. Auf die Möglichkeit, dass motorisierte Zweiräder parkiert werden können, wird jedoch bewusst nicht aktiv hingewiesen oder Werbung gemacht.

17. Postulat 77 (2012/2016), Peter With und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion sowie Jules Gut, vom 10. Juni 2013 (überwiesen am 20. Februar 2014):

Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden (VLG)

Der Grosse Stadtrat hatte bei der Überweisung des Postulates deutlich gemacht, dass er vom Stadtrat den umgehenden Austritt verlangt. Der Stadtrat hat den Austritt per Ende 2014 erklärt. Es sind mit dem Kanton Luzern Gespräche aufgenommen worden, in welcher Form die Stadt Luzern künftig ihre Anliegen gegenüber dem Kanton artikulieren kann. Parallel dazu arbeitet die Stadt am Verbandsentwicklungsprojekt SPRING III mit.

18. Postulat 106 (2012/2016), Melanie Setz Isenegger und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 6. August 2013 (teilweise überwiesen am 27. März 2014):

Mehr (gedeckte) Veloparkplätze im Gebiet Hallenbad/Allmend/Swissporarena

Die Beobachtungen aus dem Jahr 2014 wurden ausgewertet und zeigen, dass die vorhandene Anzahl und Ausstattung der Velo-Abstellplätze ausreichend ist. Es besteht kein weiterer Handlungsbedarf.

19. Postulat 118 (2012/2016), Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 16. September 2013 (überwiesen am 26. September 2013):

Anpassung der Buspfortneranlage „Halde-Dietschiberg“ bei grossem Verkehrsaufkommen

Die Lichtsignalanlage Dietschiberg ist im Sommer 2014 erneuert worden. Teil der Erneuerung war auch die Busbevorzugung und die Verbesserung des Staumanagements.

20. Postulat 128 (2012/2016), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 31. Oktober 2013 (teilweise überwiesen am 14. November 2013):

Fasnacht: temporäre Zelte, gleiche Spielregeln für alle Beteiligten

Bereits für die Fasnacht 2014 wurde mit den im Postulat erwähnten Fasnachtsbeizen eine einvernehmliche Lösung gefunden. Aufgrund ihrer langjährigen Praxis konnte jeweils eine Bewilligung mit Auflagen erteilt werden. Diese Auflagen bezogen sich vor allem auf feuerpolizeiliche sowie sicherheits- und reinigungsrelevante Punkte. Der Betrieb der beiden Beizen erscheint auch hinsichtlich der Fasnacht 2015 als bewilligungsfähig, sofern sich die Nutzung des öffentlichen Grundes im bisherigen Rahmen gestaltet. Hierzu werden die Betreiber zu gegebener Zeit ein Gesuch einreichen. Zusätzlich bewilligungspflichtigen Fasnachtsbeizen auf öffentlichem Grund steht der Stadtrat allerdings nach wie vor kritisch gegenüber. Allfällige Gesuche können jedoch in Absprache mit den Fasnachtsorganisationen und im Rahmen des institutionalisierten „Runden Tisches Fasnacht“ besprochen werden.

21. Motion 129 (2012/2016), Rieska Dommann und Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion sowie Urs Zimmermann und Joseph Schärli namens der SVP-Fraktion, vom 8. November 2013 (überwiesen am 19. Dezember 2013):

Partizipative Begleitung Industriestrasse auch im Parlament

Der Planungsbericht B12/2014 vom 30. April 2014 wurde vom Parlament zustimmend zur Kenntnis genommen. Momentan läuft die öffentliche Ausschreibung für die Baurechtsabgabe des Areals Industriestrasse. Der Grundbucheintrag des Baurechts ist voraussichtlich im September 2015.

22. Postulat 131 (2012/2016), Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 11. November 2013 (überwiesen am 15. Mai 2014):

Sanierung Schulhaus und Aussenanlage Moosmatt

Das Teilprojekt, die Erneuerung und Vergrösserung des Kinderspielplatzes, ist abgeschlossen. Die Dienstabteilung Immobilien wird im Zusammenhang mit der vorgesehenen Gesamtsanierung des Schulhauses Moosmatt die Umgestaltung des Pausenplatzes mit der Spielrasenfläche ganzheitlich angehen und neu beurteilen. Es ist vorgesehen, dass mit dem Start der Projektierung zur Sanierung der Schulanlage Moosmatt auch das Projekt zur Umgestaltung der Aussenanlage aktualisiert und ein Baugesuchsverfahren eingeleitet wird. Damit soll sichergestellt werden, dass zu Beginn der Bauarbeiten zur Sanierung der

Schulanlage auch die Baubewilligung zum Projekt Umgestaltung der Aussenanlage vorliegt.

In der Gesamtplanung 2015–2019 ist die Projektierung der Sanierung des Moosmattschulhauses auf 2019, die Ausführung ab 2021 eingestellt.

23. Motion 139 (2012/2016), Jules Gut und Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 15. November 2013 (teilweise überwiesen am 19. Dezember 2013):

Auslagerung HAS: Reduktion des Investitionsplafonds

In der Finanzplanung 2015–2019 wird die Reduktion des Plafonds vorgenommen. Sollten in der Finanzplanperiode wider Erwarten Mittel zur Verfügung stehen, ist eine fallweise Aufstockung des Investitionsplafonds zu prüfen.

24. Postulat 186 (2012/2016), Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion, Peter With namens der SVP-Fraktion, Roger Sonderegger und Mirjam Fries namens der CVP-Fraktion sowie Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 22. April 2014 (teilweise überwiesen am 15. Mai 2014):

Die Zimmereggbadi muss offen bleiben!

Mit der Teileröffnung der Sportwiese 2014 wurde das Postulat teilweise erfüllt. Zudem wurde die Stellungnahme zur Motion 196 („Zimmereggbad rasch sanieren und auf Saisonbeginn 2015 wieder eröffnen!“) am 24. September 2014 im Stadtrat verabschiedet. Darin legt der Stadtrat dem Grossen Stadtrat den Sanierungsbedarf hinsichtlich der PCB sowie der technischen und baulichen Anlagen dar, um die Zukunft des Waldschwimmbads Zimmeregg langfristig zu sichern.

II. Verlängerung der Erledigungsfrist

1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, zweites Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 87 Abs. 2 lit. b Geschäftsreglement).

1. Postulat 139 (2010/2012), Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. Januar 2011 (teilweise überwiesen am 22. September 2011):

S-Bahn-Haltestelle Schiff, Reussbühl

Der Stadtrat hat das Anliegen bereits im November 2011 im Rahmen seiner Stellungnahme zu den Massnahmen des Agglomerationsprogramms 2. Generation aufgenommen. Er ist überzeugt, dass mit einer zusätzlichen S-Bahn-Haltestelle die Attraktivität des ÖV allgemein gesteigert wird und insbesondere die Bevölkerung von Reussbühl von einer Bahnerschliessung profitieren könnte. Die Forderung bleibt bestehen und wird vonseiten der Stadt auch in Stellungnahmen zu den künftigen Planungen wie beispielsweise einem Agglomerationsprogramm 3. Generation oder den weiteren Arbeiten zu Agglomobil des Verkehrsverbunds eingebracht werden.

2. Postulat 155 (2010/2012), Markus Helfenstein namens der CVP-Fraktion, vom 22. Februar 2011 (überwiesen am 27. Oktober 2011):

Zufahrt Mercedes-Servicecenter Unterwilrain, Stadtteil Littau

Die Umsetzung der Massnahme hat bei der derzeitigen Finanzlage der Stadt Luzern nicht höchste Priorität. Sie wird aber im Rahmen der Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit weiter behandelt.

3. Postulat 159 (2010/2012), Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 23. Februar 2011 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2011) :

Zusatzleistungen für Härtefälle in der Spitex-Beteiligung

Der Stadtrat beabsichtigt, im Verlaufe des Jahres 2015 einen Planungsbericht zur Pflegeversorgung vorzulegen. Es ist vorgesehen, in diesem Bericht das Thema „Zusatzleistungen für Härtefälle in der Spitex-Beteiligung“ in einem Kapitel zur Finanzierung von ambulanten Pflegeleistungen zu behandeln.

4. Postulat 163 (2010/2012), Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 28. Februar 2011 (überwiesen am 22. September 2011):

Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung

In den vergangenen Jahren hat sich die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton im Rahmen verschiedener Projekte intensiviert. Daraus ist unter anderem das gemeinsame Projekt Gesamtverkehrskonzept mit Kanton, Verkehrsverbund und LuzernPlus entstanden. Ein entsprechender Bericht an das Parlament ist für 2015 geplant.

5. Postulat 168 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 8. März 2011 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2011):

Zukunft Kantonsspital – Spitalstrasse als Langsamverkehrsachse

Das Anliegen wird im Rahmen des Projektes zur Verbesserung der Betriebsbedingungen der Buslinien auf der Spitalstrasse geprüft.

6. Postulat 199 (2010/2012), Andrea Mathys-Imhof namens der CVP-Fraktion und Luzia Mumenthaler-Stofer und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 18. Mai 2011 (überwiesen am 10. November 2011):

Quartierbus Reussbühl

Das Anliegen wird im Rahmen der Netzüberprüfung AggloMobil due durch den Verkehrsverbund zusammen mit der Stadt Luzern untersucht. Die Massnahme hat bei der derzeitigen Finanzlage der Stadt Luzern aber nicht erste Priorität.

7. Postulat 200 (2010/2012), Agnes Keller-Bucher namens der CVP-Fraktion, vom 20. Mai 2011 (überwiesen am 1. Dezember 2011):

Erhöhtes Verkehrsaufkommen Littauerberg

Das Verkehrskonzept ist erarbeitet und soll im Rahmen der Deponieerweiterungen umgesetzt werden. Als Sofortmassnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit insbesondere des Langsamverkehrs wurde die Fahrbahn verschmälert, und es wurden Ausweichstellen geschaffen.

8. Postulat 205 (2010/2012), Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 3. Juni 2011 (überwiesen am 1. Dezember 2011):

Ein Hauch Marzili für Luzern

Die Planung und die allfällige Realisierung erfolgen im Rahmen der städtischen Begleitmassnahmen zum Hochwasserschutzprojekt Kleine Emme.

2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde nach der GPK durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, drittes Jahr.

1. Postulat 34 (2010/2012), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 9. März 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):

Neuer Stadtplan für die fusionierte Stadt Luzern-Littau

Aufgrund der angespannten Finanzlage ist derzeit eine Umsetzung des Postulates nicht möglich.

2. Postulat 79 (2010/2012), Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Juni 2010 (überwiesen am 16. Dezember 2010):

Pflegefinanzierung: Ausgleichszahlung des Kantons an die Gemeinden für 2011

Im kantonalen Finanzausgleich wurde der Soziallasten-Topf um 6 Millionen Franken erhöht. Dadurch ergibt sich eine Besserstellung der Stadt.

Die Initiative „Für eine gerechte Aufteilung der Pflegefinanzierung“ ist noch pendent.

Die Gesetzesinitiative steht in engem Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes über die Finanzierung der Pflegeleistungen der Krankenversicherung (Pflegefinanzierungsgesetz). Die beiden Vorlagen sollen gemeinsam im Kantonsrat behandelt werden.

3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei oder mehrere Jahre bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

1. Postulat 200 (2000/2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion und Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 15. April 2002 (überwiesen am 30. Januar 2003):

Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse

Im Zusammenhang mit dem B+A 12/2013 vom 12. Juni 2013: „Städtische Wohnraumpolitik II“, wurden erste Aussagen über die strategische Ausrichtung der Areale im Gebiet der Industriestrasse (Steghof) gemacht. Im B+A „Wirtschaftsbericht der Stadt Luzern“, welcher inzwischen vom Stadtrat verabschiedet wurde, werden weitere Aussagen zum Stand der Entwicklung der städtischen Areale im Gebiet der Industriestrasse gemacht. Für das städtische Areal Industriestrasse wurden die Ausschreibungskriterien im Bericht B12/2014 vom 30. April 2014 vom Parlament zustimmend zur Kenntnis genommen. Die daraufhin erarbeitete Ausschreibung an gemeinnützige Bauträger wurde als StB 648 vom 3. September 2014 vom Stadtrat verabschiedet. Momentan läuft die öffentliche Ausschreibung für die Baurechtsabgabe des Areals Industriestrasse.

2. Postulat 48 (2004/2009), Markus Mächler und Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 4. April 2005 (überwiesen am 3. November 2005):

Für eine Begegnungszone im Löwengraben-West

Die Planung der Umgestaltung des Grendels, des Löwengrabens und der Grabenstrasse unter Einbezug der Interessierten wurde 2013 abgebrochen. 2014 werden die Werkleitungen saniert und das Projekt für die Gestaltung der Oberfläche überarbeitet. Dem Parlament wird im Frühjahr 2015 ein entsprechender B+A unterbreitet.

3. Motion 367 (2004/2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, 25. Februar 2008 (teilweise überwiesen am 25. September 2008):

Kommunaler Verkehrsrichtplan Stadt Luzern

Basierend auf dem Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität wurde in der Zwischenzeit das Monitoring Gesamtverkehr aufgebaut, welches jährlich aktualisiert wird. Ergänzend dazu sollen im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts die weiteren Anliegen des Motionärs umgesetzt werden.

4. Motion 380 (2004/2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 11. April 2008 (überwiesen am 25. September 2008):
Planung Grendel/Löwengraben – eine Chance für die Luzerner Altstadt

Die Planung der Umgestaltung des Grendels, des Löwengrabens und der Grabenstrasse unter Einbezug der Interessierten wurde 2013 abgebrochen. 2014 werden die Werkleitungen saniert und das Projekt für die Gestaltung der Oberfläche überarbeitet. Dem Parlament wird im Frühjahr 2015 ein entsprechender B+A unterbreitet.

5. Postulat 409 (2004/2009), Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion, vom 27. Mai 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008):
Sperrung der Bahnhofstrasse beim Luzerner Theater zur attraktiven Durchführung des Wochenmarktes am Dienstag

Vor dem Hintergrund der im Herbst 2013 vom Luzerner Stimmvolk angenommenen Initiative einer attraktiven, möglichst verkehrsfreien Bahnhofstrasse wird das Anliegen in das entsprechende Planungsprojekt aufgenommen. Momentan werden unter Beteiligung aller Anspruchsgruppen die verkehrlichen Grundlagen für den Wettbewerb erarbeitet.

6. Motion 456 (2004/2009), Philipp Federer und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 3. November 2008 (überwiesen am 3. September 2009):
Leistungsausbau im Busverkehr zwischen Littau/Reussbühl und Luzern

Das Anliegen zur Verbesserung der Direktfahrmöglichkeit vom Ortsteil Littau ins Stadtzentrum von Luzern wurde beim Verkehrsverbund Luzern (VVL) deponiert. Es wird im Rahmen der weiteren Arbeiten zu AggloMobil geprüft werden.

7. Motion 461 (2004/2009), Christoph Brun und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion, vom 1. Dezember 2008 (überwiesen am 17. Dezember 2009):
Chancen ausnützen: Areal altes Hallenbad umnutzen!

Im Jahr 2013 wurden die räumlichen Anforderungen für einen Neubau der Feuerwehr am heutigen Standort geprüft und verworfen, nicht zuletzt wegen eines teuren Provisoriums für die Feuerwehr während der Bauzeit. Zurzeit prüft die ewl, ob ein Neubau auf ihrem Areal möglich wäre. Beide Areale sind für den gemeinnützigen Wohnraum vorgesehen. Mit einer Machbarkeitsstudie soll das Potenzial einer gemeinsamen oder getrennten Entwicklung der Areale Biregg Hallenbad und Kleinmatt Feuerwehr ausgelotet werden. Im Januar 2015 werden die Erkenntnisse dieser Studie vorliegen.

III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und die Postulate unter I., Ziffern 1–24, als erledigt abzuschreiben.

Gleichzeitig beantragt er Ihnen, die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter:

II.1., Ziffern 1–8 um ein weiteres, zweites Jahr zu verlängern

II.2., Ziffern 1–2 um ein weiteres, drittes Jahr zu verlängern

II.3., Ziffern 1–7 um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr zu verlängern

Luzern, 22. Oktober 2014



Stefan Roth
Stadtpräsident



Toni Göpfert
Stadtschreiber



Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 30 vom 22. Oktober 2014 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und die Postulate gemäss I., Ziffern 1–24, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–8, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–2, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern,
(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 30 vom 22. Oktober 2014 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und die Postulate gemäss I., Ziffern 1–24, werden abgeschrieben, ausgenommen die Ziffern 1, 4, 5, 7, 13, 18 und 22.
- II. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–8, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–2, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Luzern, 18. Dezember 2014

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern

Jörg Krähenbühl
Ratspräsident



Hans Büchli
Leiter Sekretariat Grosser Stadtrat

Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember 2014 abläuft.

1. Postulat 286 (2010/2012), Daniel Furrer und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 24. Januar 2012 (teilweise überwiesen am 27. September 2012):
CarSharing als wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen, integrierten Verkehrspolitik

Im Rahmen der Überarbeitung des städtischen Parkplatzreglements werden Möglichkeiten zur Förderung von Carsharing geprüft.

2. Postulat 291 (2010/2012), Christian Hochstrasser und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 6. Februar 2012 (überwiesen am 5. Juli 2012):
Nachtleben Luzern: Parkhäuser auslasten, Wohnquartiere entlasten

Das Anliegen wird im Rahmen des Konzeptes Parkierung geprüft.

3. Postulat 296 (2010/2012), Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Februar 2012 (teilweise überwiesen am 5. Juli 2012):
Ein Mega-Kreisel für Luzern

Wird im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes geprüft.

4. Postulat 301 (2010/2012), Nico van der Heiden, Melanie Setz und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 5. März 2012 (überwiesen am 27. September 2012):
Mehr Veloabstellplätze an der Bahnhofstrasse

Das Anliegen wird im Zusammenhang mit der städtebaulichen Aufwertung der Bahnhofstrasse in Abstimmung mit dem Konzept Veloparkierung Innenstadt geprüft. Dieses Konzept ist zurzeit in Bearbeitung.

5. Postulat 302 (2010/2012), Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 5. März 2012 (überwiesen am 27. September 2012):
Eine durchgehende Busspur vom Pilatusplatz bis zum Luzernerhof

Wird im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes geprüft.

6. Postulat 317 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 3. April 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):

Umsetzung der Energiewende

Eine Umsetzung der im Postulat 317 aufgeführten Anforderungen löst u. a. auch erhebliche finanzielle Konsequenzen aus. Es ist noch nicht abschliessend geprüft, ob diese Anforderungen als verbindliche Planungsgrundlage bei städtischen Sanierungen und Neubauten vorgegeben werden sollen. Vorerst beschloss der Stadtrat deshalb mit StB 253 vom 17. April 2013, dass für Bauvorhaben der Stadt Luzern die jeweils aktuellen Massstäbe für energie- und umweltbewusstes Bauen gemäss Gebäudestandard Energiestadt weiterhin als verbindliche Planungsgrundlage gelten. Der Stadtrat hält sich dabei an die Strategie des Bundesrates, der die Erarbeitung neuer Gebäudestandards unterstützt, welche vom Netzwerk „Nachhaltiges Bauen Schweiz“ getragen werden. Als weitere Massnahme bezieht die Stadt Luzern seit 2013 zu 100 % naturmade-zertifizierten Strom für sämtliche städtischen Liegenschaften.

7. Postulat 318 (2010/2012), Dominik Durrer und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 4. April 2012 (teilweise überwiesen am 25. Oktober 2012) :

Nach dem Fusions-Nein: Klare strategische Führung durch Neuorganisation der städtischen Direktionen

Der Stadtrat wird das Projekt in der ersten Jahreshälfte 2015 starten, nachdem die Ergebnisse aus dem Projekt „Haushalt im Gleichgewicht“ bekannt sind.

8. Postulat 323 (2010/2012), Dominik Durrer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion sowie Sonja Döbeli Stirnemann, vom 12. April 2012 (überwiesen am 8. November 2012):

SÜDPOL regional verankern, infrastrukturell optimieren

Der Vorstoss wurde mit B+A 1/2014 „Kultur-Agenda 2020, Planungsbericht des Stadtrates“ vom Stadtrat zur Abschreibung beantragt; der Grosse Stadtrat lehnte diesen Antrag in seiner Sitzung vom 25. September 2014 ab. Die Erledigung des Vorstosses soll mit der Vorlage zur Erneuerung der Subventionsverträge beurteilt werden.

9. Postulat 329 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 25. April 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):

Neubau Kantonsspital als Chance für den ÖV

Wird als Folge der Netzüberprüfung AggloMobil due durch den Verkehrsverbund mit der Stadt Luzern geprüft. Zudem hat die Stadt in ihrer Finanzplanung einen Planungskredit zur Verbesserung der Betriebsbedingungen der Buslinien auf der Spitalstrasse eingestellt.

10. Postulat 330 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 25. April 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):

Neue Erschliessung Kantonsspital Luzern

Wird als Folge der Netzüberprüfung AggloMobil due durch den Verkehrsverbund mit der Stadt Luzern geprüft. Zudem hat die Stadt in ihrer Finanzplanung einen Planungskredit zur Verbesserung der Betriebsbedingungen der Buslinien auf der Spitalstrasse eingestellt.

Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

Keine

Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die (allenfalls verlängerte) Erledigungsfrist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Postulat 320 (2000/2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 29. September 2003 (überwiesen am 6. Mai 2004):
Neugestaltung des St. Karli-Quais prüfen
2. Postulat 23 (2004/2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 15. November 2004 (überwiesen am 21. April 2005):
Kombispur für Velo und Bus auf der Alpenstrasse
3. Motion 136 (2004/2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 20. April 2006 (überwiesen am 8. Februar 2007):
Grendel: Tor zum Marktplatz Altstadt im Umbruch
4. Postulat 277 (2004/2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 3. Mai 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):
Stadtmuseum im Am-Rhyn-Haus
5. Postulat 347 (2004/2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 10. Dezember 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):
Frisches Leben in alten Räumen
6. Postulat 394 (2004/2009), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 21. April 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008):
Die Politik braucht Räume der Stadt
7. Motion 419 (2004/2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, Dominik Durrer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 23. Juni 2008 (überwiesen am 7. Mai 2009):
Velofreundliche Altstadt: Planungsbericht Veloparking für die Altstadt erstellen
8. Postulat 457 (2004/2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 11. November 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):
Einzonen-Abo für die Zonen 10/20
9. Postulat 458 (2004/2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 11. November 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):
vbl-Zonenplan an die städtischen Realitäten anpassen

10. Postulat 465 (2004/2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Dezember 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):
Tourismus-, Arbeits- und Wohnstadt mit attraktivem Bahnhof
11. Postulat 80 (2010/2012), David Roth und Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Juni 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):
Problemlösung bei Kinderbettelei
12. Postulat 99 (2010/2012), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 18. August 2010 (überwiesen am 24. März 2011):
Flankierende Massnahmen zum Rontalzubringer zügig umsetzen: Beschleunigung des Busverkehrs zwischen Ebikon und Luzern
13. Postulat 103 (2010/2012), Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 31. August 2010 (überwiesen am 24. März 2011):
Aktionsplan Gleichstellung für die Stadt Luzern
14. Volksmotion 111 (2010/2012), Kurt Furrer und Mitunterzeichner/innen, vom 13. September 2010 (als Postulat überwiesen am 24. März 2011):
400'000'000 Franken für die Autobahn, 0 Franken für die Fusswege
15. Postulat 208 (2010/2012), Luzia Mumenthaler-Stofer, Nina Laky und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 10. Juni 2011 (überwiesen am 30. Juni 2011):
VBL: Zonenanpassung im Stadtgebiet
16. Motion 225 (2010/2012), András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 3. August 2011 (als Postulat überwiesen am 8. März 2012):
Tempo 30 – für mehr Sicherheit und flüssigen Verkehr
17. Postulat 241 (2010/2012), Agatha Fausch Wespe und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, Dominik Durrer und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, Manuela Jost und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 29. September 2011 (überwiesen am 14. Juni 2012):
Die Mutterschaftsbeihilfe sichern und fördern
18. Postulat 248 (2010/2012), Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 7. November 2011 (überwiesen am 14. Juni 2012):
Entlastungsangebot für pflegende Angehörige
19. Postulat 256 (2010/2012), Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 1. Dezember 2011 (teilweise überwiesen am 28. Juni 2012):
Mediterrane Pflegewohngruppe in den städtischen Betagtenzentren oder Pflegewohnungen

20. Postulat 264 (2010/2012), Markus Mächler und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, Philipp Federer und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Luzia Mumenthaler-Stofer und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion und René Baumann, vom 13. Dezember 2011 (überwiesen am 24. Mai 2012):
Die MZH Allmend kann nicht ersatzlos abgebrochen werden
21. Postulat 276 (2010/2012), Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, vom 5. Januar 2012 (überwiesen am 28. Juni 2012):
Neugestaltung der Fussgängerstreifen zur Verbesserung der Sicherheit
22. Motion 326 (2010/2012), Dominik Durrer, Marcel Budmiger und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 17. April 2012 (als Postulat überwiesen am 28. März 2013):
Konkrete Umsetzung der nachhaltigen städtischen Mobilität im Parkplatzreglement
23. Postulat 333 (2010/2012), Monika Senn Berger und Katharina Hubacher namens der GJ/G-Fraktion, Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, Luzia Vetterli und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub, Albert Schwarzenbach und Laura Grüter-Bachmann, vom 1. Mai 2012 (überwiesen am 24. Mai 2012):
Flankierende Massnahmen zum Reglement Strassenstrich
24. Volksmotion 344 (2010/2012), Monique Müller und Mitunterzeichner/innen, vom 27. Juni 2012 (als Postulat überwiesen am 26. September 2013):
Durchschnittliche Klassengrössen von 18 Kindern und grosszügige Umsetzung der kantonalen Richtlinien
25. Volksmotion 360 (2010/2012), Gisèle Mengis und Mitunterzeichner/innen, vom 29. August 2012 (als Postulat überwiesen am 16. Mai 2013):
Stopp Lärm und Littering an der Frankenstrasse!
26. Postulat 1 (2012/2016), Albert Schwarzenbach und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 5. September 2012 (überwiesen am 25. April 2013):
Grendel: Die Planung soll zügig weitergehen
27. Postulat 13 (2012/2016), Laura Kopp und Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, vom 30. Oktober 2012 (teilweise überwiesen am 6. Juni 2013):
„Community Gardening“ für eine sichere Stadt mit hoher Lebensqualität

28. Motion 32 (2012/2016), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 10. Januar 2013 (überwiesen am 28. November 2013):
Die Stadt braucht eine neue Schuldenbremse
29. Motion 42 (2012/2016), Sandra Felder-Estermann, Hugo P. Stadelmann und Reto Kessler namens der FDP-Fraktion, vom 13. Februar 2013 (als Postulat überwiesen am 28. März 2013):
Die Gewerbetreibenden im Ibach und den Strassenstrich besser schützen
30. Motion 44 (2012/2016), Daniel Furrer und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 25. Februar 2013 (als Postulat überwiesen am 24. Oktober 2013):
Höhere Flexibilität beim Erwerb von Grundstücken
31. Postulat 57, (2012/2016), Martina Akermann namens der SP/JUSO-Fraktion, Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion sowie Mirjam Fries und Reto Derungs namens der CVP-Fraktion, vom 3. April 2013 (überwiesen am 24. Oktober 2013):
Differenziertere Gebühren für die Musikschule
32. Postulat 60 (2012/2016), Max Bühler und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp und András Özvegyi, vom 8. April 2013 (überwiesen am 26. September 2013):
Kein Gratis-Parken für Motorräder und Motorroller mehr im Stadtzentrum – für eine nachhaltige städtische Mobilität
33. Postulat 82 (2012/2016), Daniel Wettstein und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 14. Juni 2013 (teilweise überwiesen am 19. Dezember 2013):
Bahnhofstrasse – wenn schon, dann richtig!
34. Motion 97, (2012/2016), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 5. Juli 2013 (teilweise überwiesen am 25. September 2014):
Aktuelle Bilanz der Fusion Littau Luzern
35. Postulat 102 (2012/2016), Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion und Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, vom 16. Juli 2013 (überwiesen am 30. Januar 2014):
Sitzbänke erhalten
36. Postulat 103 (2012/2016), Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 18. Juli 2013 (überwiesen am 30. Januar 2014):
Umgang mit der Sparmassnahme „Keine Reparatur von Parkbänken“

37. Postulat 107 (2012/2016), Nico van der Heiden und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 6. August 2013 (teilweise überwiesen am 17. April 2014):
Eine grüne Welle für Velofahrende
38. Motion 115 (2012/2016), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 2. September 2013 (als Postulat überwiesen am 5. Juni 2014):
Alternativen zur Busanhaltestelle Schwanenplatz
39. Postulat 121 (2012/2016), Franziska Bitzi Staub, vom 8. Oktober 2013 (überwiesen am 27. April 2014):
Sukzessiver Ersatz von Elektroboilern
40. Motion 124 (2012/2016), Rieska Dommann und Jules Gut (Letzterer namens der GLP-Fraktion), vom 21. Oktober 2013 (überwiesen am 17. April 2014):
Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz städtischer Liegenschaften
41. Postulat 125 (2012/2016), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 21. Oktober 2013 (überwiesen am 17. April 2014):
Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz im Wohnungsmarkt
42. Postulat 132 (2012/2016), Ali R. Celik, Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 11. November 2013 (überwiesen am 20. Februar 2014):
Bessere Transparenz beim politischen Controlling bei stadteigenen Unternehmungen
43. Postulat 134 (2012/2016), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion und Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 13. November 2013 (überwiesen am 5. Juni 2014):
Solaranlagen vor extensiver Begrünung
44. Postulat 135 (2012/2016), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 13. November 2013 (teilweise überwiesen am 28. November 2013):
Parkplatzkompromiss im Hirschmattquartier
45. Postulat 147 (2012/2016), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 7. Januar 2014 (überwiesen am 4. September 2014):
Für ein aktuelles Parkierungskonzept der Stadt Luzern
46. Postulat 149 (2012/2016), Myriam Barsuglia und Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 10. Januar 2014 (überwiesen am 4. September 2014):
Mobilitätsmanagement in Betrieben für eine nachhaltige städtische Mobilität

47. Postulat 156 (2012/2016), Nico van der Heiden und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 11. Februar 2014 (teilweise überwiesen am 25. September 2014):
Gute private Veloparkplätze braucht die Stadt
48. Postulat 161 (2012/2016), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 19. Februar 2014 (teilweise überwiesen am 25. September 2014):
Aufwertung des Grendels zusammen mit Partnern
49. Postulat 175 (2012/2016), Max Bühler und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 20. März 2014 (überwiesen am 25. September 2014):
Nachhaltiger Konsum in der Stadt Luzern
50. Postulat 203 (2012/2016), Peter With und Joseph Schärli namens der SVP-Fraktion, vom 4. Juni 2014 (teilweise überwiesen am 26. Juni 2014):
Für eine nachhaltige Steuerpolitik
51. Postulat 211 (2012/2016), András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 20. August 2014 (überwiesen am 25. September 2014):
Spange Nord: öffentliche Mitwirkung
52. Postulat 212 (2012/2016), András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 20. August 2014 (überwiesen am 25. September 2014):
Spange Nord: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung
53. Postulat 213 (2012/2016), András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 20. August 2014 (teilweise überwiesen am 25. September 2014):
Spange Nord: Planungserimeter